

## **Kieler Erklärung**

### **der integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU in den Parlamenten der deutschen Länder anlässlich der Konferenz am 21. und 22.06.2015 in Kiel**

#### **I. Europäische Flüchtlingspolitik stärken**

Die steigenden Zugangszahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern stellen Deutschland und Europa vor Herausforderungen, die dauerhaft nur gemeinsam bewältigt werden können. Dies gilt sowohl für die Aufnahme von Menschen in Europa, als auch für die Bekämpfung von Fluchtgründen in den Herkunftsstaaten.

- Die wachsenden Herausforderungen können nur durch eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik bewältigt werden. Insbesondere für Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Betreuung müssen gemeinsame europäische Standards gefunden und eingehalten werden. Alle europäischen Staaten müssen eine menschenwürdige Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge gewährleisten.
- Eine Neuregelung der Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern innerhalb von Europa muss Bestandteil einer Diskussion zwischen den Mitgliedsstaaten bleiben. Ziel muss eine solidarisch geregelte, verbindliche Verteilung innerhalb der EU anhand von Faktoren wie Bevölkerungszahl, Wirtschaftsleistung sowie der bereits aufgenommenen Flüchtlinge sein. Das Dublin-Verfahren muss in diesem Zusammenhang entsprechend angepasst werden.
- Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen gemeinsam Möglichkeiten prüfen, ob und wie Wege der sicheren und legalen Einreise nach Europa für politisch verfolgte Menschen ausgebaut werden können. Zu prüfen ist hierbei auch die Möglichkeit der Asylantragstellung im Ausland. Hierfür würden sich EU-Asylzentren in den Herkunftsregionen eignen, die unter strikter Einhaltung der europäischen Rechtsstandards Asylanträge entgegennehmen, prüfen und über die tatsächlichen Aussichten zur Erlangung von Asyl aufklären. So kann Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden, auf sicherem Weg in die EU einzureisen. Gleichzeitig müssen auch Maßnahmen in den Herkunftsstaaten zur Bekämpfung

der Fluchtursachen ergriffen und Informationen über die Lebenswirklichkeit in Europa vermittelt werden.

- Auf europäischer Ebene muss ein Sonderbeauftragter für Flüchtlingsfragen eingesetzt werden.

## **II. Flüchtlinge und Asylbewerber sind eine gesamtstaatliche Aufgabe**

Deutschland ist sich seiner humanitären Verantwortung bewusst. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass Menschen, die ihre Heimat aus Angst vor politischer Verfolgung oder auf der Flucht vor Kriegen verlassen, bei uns Aufnahme finden. Diesen Menschen hier Schutz zu bieten, ihre Versorgung zu gewährleisten und ihnen ein Gefühl von Heimat zu vermitteln ist eine gesamtstaatliche, aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU in den deutschen Ländern begrüßen, dass der Bund die bereits zugesagten finanziellen Unterstützungen für das Jahr 2015 erhöht und sich darüber hinaus bereit erklärt hat, sich ab 2016 dauerhaft strukturell an den Kosten der Aufnahme für Flüchtlinge und Asylbewerber zu beteiligen.

Die integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher regen des Weiteren an:

- Unterstützungsmittel des Bundes für Flüchtlings- und Asylarbeit müssen von den Ländern vollständig für diese Zwecke eingesetzt werden.
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlingen müssen der Einigung der Regierungschefs der Länder entsprechend gerecht auf die Bundesländer verteilt werden. Die besonderen Herausforderungen bei der Unterbringung und Betreuung dieser jungen Menschen müssen hierbei berücksichtigt werden. Gleichzeitig muss gerade bei dieser Aufgabe die Vernetzung der Aufgabenträger untereinander erhöht werden, um auch bei steigenden Fallzahlen die bestmögliche Betreuung sicherzustellen.

- Besonders jungen Flüchtlingen und Asylbewerbern muss die Chance gegeben werden, ihren Aufenthalt in Deutschland für eine berufliche Ausbildung nutzen zu können. Die Agenturen für Arbeit, die Kammern und Arbeitsgeberverbände müssen in gemeinsamer Abstimmung spezifische Beratungsangebote schaffen. Wichtig ist, dass Menschen, die sich in Ausbildung befinden, einen Aufenthaltsstatus erhalten, der ihnen einen Abschluss der Ausbildung ermöglicht. *Dieser Punkt wurde kritisch diskutiert. Einzelne Bundesländer haben hierzu Bedenken vorgetragen.*
- Personen mit guten Bleibeperspektiven sollten frühestmöglich auf eine Integration in den Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Dies erfordert z.B. eine frühzeitige Förderung der spezifischen Sprachfähigkeiten. Gleichzeitig sollten, sobald eine positive Prognose für ein Bleiberecht besteht, alle organisatorischen Schritte eingeleitet werden, um eine Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse noch zügiger durchführen zu können. Die Anerkennungspraxis ist im Hinblick auf bestehende Hindernisse fortzuschreiben.

### **III. Die Länder bleiben in der Pflicht**

Bund, Länder und Kommunen bilden bei der Bewältigung der großen Zugangszahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern eine Verantwortungsgemeinschaft. Dies bedeutet, dass vor allem auch die Länder ihren Verpflichtungen konsequent nachkommen und Maßnahmen vermeiden müssen, die die Situation weiter verschärfen.

Die integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher fordern daher:

- Bestehende Regelungen zur Abschiebung von Personen, denen kein Aufenthaltsrecht zusteht, müssen konsequent angewendet werden. Die Möglichkeit der Einzelfallprüfung muss weiterhin bestehen bleiben. Maßnahmen, die Rückführungen erschweren, z.B. zeitlich begrenzte, pauschale Abschiebestopps, wie von Thüringen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein für die Winterzeit erlassen, müssen unterbleiben.
- Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten muss regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert werden. Der Kosovo, Montenegro und Albanien sind in diese Liste kurzfristig aufzunehmen.

- Personen ohne Bleibeperspektive sollten in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und nicht in die Kommunen verteilt werden.

#### **IV. Offene Diskussion über das Einwanderungsrecht**

Die Diskussion über ein neues Einwanderungsrecht muss sich an den realen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Deutschland bereits heute eines der beliebtesten Einwanderungsländer ist und durchaus über ein modernes Einwanderungsrecht verfügt. Dieses sieht auch Regulierungselemente vor, die eine gesteuerte Zuwanderung ermöglichen.

Allerdings ist es vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs und der demographischen Entwicklung wichtig, das Einwanderungsrecht weiter zu entwickeln und den aktuellen und zu erwartenden Bedürfnissen anzupassen.

Die integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher regen an:

- Der Diskurs über die Notwendigkeit eines Einwanderungsgesetzes sollte ohne Vorfestlegungen fortgesetzt werden. Dieser sollte insbesondere im Hinblick auf die Frage geführt werden, ob eine Zusammenführung einwanderungsrelevanter Regelungen in einem Gesetz die Anwendbarkeit und Verständlichkeit fördert.
- Die bestehenden Möglichkeiten der Einwanderung sollten im Hinblick auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Zudem ist zu eruieren, inwieweit bei Unternehmen die Möglichkeiten zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland überhaupt bekannt sind und genutzt werden und wie hier der Wissenstand informativ verbessert werden kann.